



Medienmitteilung: SP Kanton Luzern

## SP sagt 4 x JA und 1 x NEIN

**Knapp 70 Teilnehmende fassten an der digital durchgeführten Delegiertenversammlung vom 3. Mai 2021 die Parolen der SP Kanton Luzern zu den eidgenössischen Abstimmungen im Juni.**

### **Esther Burri zur Nomination als Friedensrichterin empfohlen**

Nach einem Auswahlverfahren durch die Personalkommission Justizbehörden (PKJ) hatten die anwesenden Delegierten die Möglichkeit, der Kantonsratsfraktion eine Nominationsempfehlung abzugeben. Sie empfehlen als Nachfolgerin von Hanspeter Herger als Friedensrichterin (Gerichtsbezirk Luzern) die 39-jährige Sozialarbeiterin Esther Burri aus Luzern zur Nomination zu Händen des Kantonsrats.

### **Ja zum Klimaschutz mit dem neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz**

Mit dem neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz werden dringende Massnahmen in den Bereichen Mobilität, Gebäude und Finanzplatz und Industrie ergriffen. „Es ist ein faires Gesetz, welches auf dem Verursacher:innenprinzip basiert“ sagte Sara Muff, Kantonsrätin aus Sursee und Vizepräsidentin der SP Kanton Luzern zur Gesetzesvorlage. Unbestritten ist, dass zur Bekämpfung des Klimawandels weitergehende Massnahmen notwendig sein werden. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist jedoch ein wichtiger und richtiger Schritt in die Richtung einer klimaneutralen Schweiz und die Delegierten fassten die Ja-Parole mit 64 zu 1 Stimmen.

### **2x Ja zur Trinkwasser- und Pestizidinitiative**

Kantonsrat Josef Schuler aus Hitzkirch informierte über die beiden Landwirtschaftsinitiativen: „Es braucht einen Systemwechsel hin zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung unserer Böden“. Die Delegierten fassten zu beiden Initiativen mit jeweils wenigen Gegenstimmen die Ja-Parole.

Trinkwasserinitiative: 59 JA zu 1 NEIN bei 2 Enthaltungen

Pestizidinitiative: 55 JA zu 1 NEIN bei 5 Enthaltungen

### **Covid-19-Gesetz: Wirtschaftliche Hilfen verankern**

Zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie braucht es wirksame wirtschaftliche Unterstützung von Menschen und Unternehmen. Das Covid-19-Gesetz regelt Massnahmen wie Kurzarbeit, Erwerbsausfall und Härtefallentschädigungen. Die Vorlage wurde von Simone Brunner, Kantonsrätin und Co-Präsidentin der SP Stadt Luzern präsentiert. Die SP ist überzeugt, dass dieses Gesetz notwendig und verhältnismässig ist.

Die Delegierten fassten mit 63 Stimmen einstimmig die JA-Parole zur Referendumsabstimmung.

### **Nein zum Anti-Terror-Gesetz**

Sarah Hermann von der JUSO Luzern stellte die „polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) vor. Die Massnahmen gingen zu weit. „Der Rechtsstaat ist nicht verhandelbar“ so Sarah Hermann. Dem schlossen sich die Delegierten an und fassten mit einer Zweidrittelsmehrheit die Nein-Parole.

44 NEIN zu 8 JA bei 1 Enthaltung.Stimme

Im Weiteren informierte der Co-Präsident der JUSO Luzern, Leon Schulthess, über die 99%-Prozent-Initiative, welche im September zur Abstimmung kommen wird.

Für Fragen steht Ihnen zur Verfügung:

David Roth, Präsident SP Kanton Luzern, 078 712 94 13